

Reißleine ziehen

Soziales: Die Pensionsreform 2000 droht zu verpuffen, und für Arbeitslose ist kein Geld mehr da.

Zeitbombe Nummer eins bleiben die Pensionen. Ohne die Reform des Jahres 2000 wäre bis Ende 2003 der Aufwand in der Pensionsversicherung um 25 Prozent auf 25,7 Milliarden Euro gestiegen, und der gesetzlich vorgesehene Bundeszuschuss aus Budgetmitteln hätte mehr als 6,5 Milliarden erreicht – deutlich über zehn Prozent des aktuell geltenden Bundeshaushalts.

Der große Crash wurde vorwiegend durch die Anhebung des Frühpensionsalters um 18 Monate verhindert, allerdings nur vorübergehend. „Die Regierung hat keine Notbremse zustande gebracht, sondern bloß die Reißleine gezogen“, warnt etwa Pensionsexperte Bernd Marin. „Ich wette viele Flaschen Wein, dass die Pensionseintritte im kommenden Jahr wieder ansteigen.“

Falsche Hoffnung.

Hauptpunkte von Marins Kritik: keine Berücksichtigung der weiterhin rasch steigenden Lebenserwartung, die fehlende Lebens-Durchrechnungszeit sowie mangelnde Transparenz und eine ungenügende Alterssicherung für Frauen. Auch an der „Abfertigung neu“ lässt der Wissenschaftler kaum ein gutes Haar, da die Hoffnung vieler Menschen auf eine ansehnliche Zusatzpension nicht aufgehen werde.

Ob es in der kommenden Legislaturperiode zum großen Wurf kommen wird, darf bezweifelt werden. Am ehesten denkbar sind weitere Angleichungen der Pensionen des öffentlichen Diensts sowie staatsnaher Unternehmen (wie Post und Bahn) an das ASVG-System. Bis 2010 nämlich passiert noch wenig, außer dass der Finanzminister für die Bundeszuschüsse immer tiefer ins Säckel greifen muss (siehe Grafik). „Aber ab 2010 kracht es total“, meint Marin und befin-

det sich mit dieser Ansicht im Einklang mit den meisten Experten: Umso wichtiger wäre, dass die Zeit bis dahin für eine Gesamtreform genutzt würde. Man darf gespannt sein.

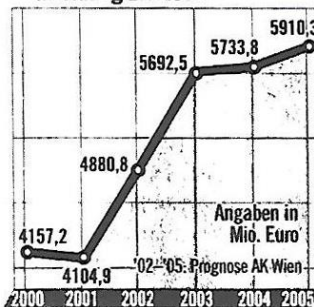
Zeitbombe. Im Arbeitsmarktservice (AMS) tickt eine weitere Zeitbombe für die künftige Regierungsmannschaft. Ursprünglich sah eine gesetzliche Bestimmung vor, dass aus der Arbeitslosenversicherung jährlich maximal 356 Millionen Euro an die Pensionskassen zu überweisen sind. Um die Belastung des Haushalts durch die ständig steigenden Renten zu verringern, verdreifachte die Regierung seit 2000 die Überweisung. Heuer werden sogar mehr als 1,1 Milliarden Euro vom AMS

an die Pensionsversicherung überwiesen. Die Folge: Für zusätzliche Aufwendungen ist kein Geld mehr da.

Geld, das in den kommenden Monaten aber dringend benötigt wird. Da die Arbeitslosigkeit in Österreich – im Gegensatz zum europäischen Trend – gestiegen ist und auch 2003 mit keinem Rückgang zu rechnen ist, werden weniger Versicherungseinnahmen lukriert und die Aufwendungen an Arbeitslosengeld deutlich steigen: Das AMS erwartet Belastungen von 150 Millionen Euro, die durch den Budgetvoranschlag nicht gedeckt sind.

Derselbe Voranschlag für 2003 hatte 590 Millionen Euro an Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik vorgesehen. Da jedoch in den vergangenen Monaten die Jugendarbeitslosigkeit auf einen neuen Rekordwert gestiegen ist, mussten für zusätzlich 1200 Lehrstellen-Suchende Ausbildungsplätze eingerichtet werden. Für dieses Sonderprogramm hat das AMS die letzten Rücklagen aufgelöst.

**Pensionszuschuss des Bundes
Entwicklung bis 2005**



Arbeitslosenquote seit 1996

